



Inhaltliche Broschüre zur Wahl  
SR-Wahl 11.-15. Juni 2018

Studierendenrat: Liste 10  
Akademischer Senat: Liste 1



# KRALLE - die Liste für linke Kritik an der Uni stellt sich vor

Sind Dir die Plakate mit der Kralle überall auf dem Campus aufgefallen und hast Du Dich schon gefragt, was das Ganze soll? Die Frage können wir Dir beantworten, denn mit dieser Broschüre hältst Du eine Auswahl unserer wichtigsten Standpunkte in den Händen!

KRALLE ist eine Gruppe Studierender, die sich Anfang 2017 zusammengeschlossen hat, um linke Politik an der Uni und darüber hinaus zu betreiben. Einige von uns waren bereits vorher im AStA aktiv, andere haben sich in den unterschiedlichsten linken Projekten engagiert. Uns verbindet die Ansicht: Der AStA muss politisch und engagiert sein und bleiben! Das heißt, wir werden uns einmischen, nachhaken, kritisieren – nur so kann die Uni besser werden. Für uns gilt: Ohne eine kritische Universität keine befreite Gesellschaft - ohne befreite Gesellschaft keine kritische Universität!

## **Uni ohne Kritik ist wie Tanzen ohne Beat**

Die Beschäftigung mit Hochschulpolitik liegt daher auf der Hand. Wir stehen für ein selbstbestimmtes (S. 8 ), familienfreundliches Studium, freie Bildung (S. 3) und Inklusion (S. 5 ). Der Zugang zu Bildung darf niemandem versperrt werden!

Die Uni, an dem viele Studierende einen erheblichen Teil ihrer Zeit verbringen, ist für uns nicht bloß ein Raum der Wissensvermittlung - er ist vielmehr der Lebensraum, an dem sich jede\*r wohlfühlen sollte. Dazu gehören Freiräume, die ohne Leistungszwang und Prüfungsdruck auskommen. Mehr noch: Dazu gehört, die gesamte Uni als frei von penetranter kommerzieller Werbung (S. 7), Rüstungsforschung (S. 4) und rechter Ideologie (S. 6) zu denken.



Die Uni ist ein Teil der Gesellschaft, in der wir leben. Deshalb muss der Blick immer auch über reine Hochschulpolitik hinausgehen. Wir wollen die gesellschaftlichen Diskussionen über Antikapitalismus, Queer-Feminismus, Umweltschutz, Tierrecht, Antifaschismus und vieles mehr an die Uni tragen. Wir wollen neue Orte der Diskussion und Aktion schaffen - und wir fangen genau hier damit an.

## **Keinen Bock euch zu verwalten - für umfassende studentische Selbstbestimmung!**

Wir wollen uns nach der Wahl nicht zurücklehnen, sondern Dir mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen geben! Hochschulpolitik ist nicht bloß einmal im Jahr wählen zu gehen. Sie ist die Chance, Dein eigenes Umfeld zu gestalten. Deshalb wollen wir einen ASTA der Projekte. Du sollst die Möglichkeit haben, eigene Projekte anzustoßen, um die Uni ein bisschen besser machen.

Die Uni ist für alle – sie soll von mehr als einer Listenkoalition bestimmt sein! Also engagier Dich, wetz' die Krallen, bring Deine Ideen ein und gestalte den Raum, in dem Du so viel Zeit verbringst!

## **...KRALLE!**

Kritisch. Radikal. Antirassistisch. Links. Libertär. Emanzipatorisch.





# Bildung für Alle

## Keine versteckten Studiengebühren: Verwaltungskostenbeitrag abschaffen! Uni ausfinanzieren!

Die Universität sollte ein Ort der Kritik, der eigenen Bildung und Emanzipation sein. „**Bildung für Alle**“ heißt deshalb gleiche Zugangschancen zu Bildung für jede Person. Also auch: keine Benachteiligung aufgrund eines „zu kleinen Geldbeutels“. Studiengebühren eröffnen systematisch nur den privilegierten Gruppen den Zugang zur Uni. Gleichzeitig verschärfen sie die ohnehin belastende finanzielle Situation vieler Studierender. Das läuft gleichen Zugangschancen und Bildungsgerechtigkeit vollständig zuwider.

An der Universität Bremen gibt es zwar offiziell keine Studiengebühren, der semesterlich zu entrichtende Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von aktuell 62 Euro ist aber nichts anderes als eine versteckte Studiengebühr – **KRALLE fordert daher: Verwaltungskostenbeitrag abschaffen!** Es ist Aufgabe des Landes Bremen, seine Universitäten und Hochschulen auszufinanzieren und nicht die Studierenden über einen Verwaltungsbeitrag zur Kasse zu bitten.

Stattdessen wird die versteckte Gebühr zum kommenden Wintersemester noch auf 74 Euro angehoben. Sie erhöht damit die finanzielle Belastung vor allem von weniger privilegierter Personen. Acht Bundesländer verzichten bereits auf den Verwaltungskostenbeitrag und belegen damit, dass **Bildung für Alle** möglich ist.



# Zivilklausel

## verbindlich machen!

### Einfluss von Rüstungsunternehmen auf die Forschung an der Universität effektiv verhindern

#### Die Zivilklausel

1986 wurde an der Universität Bremen die Zivilklausel eingeführt, welche die Forschung zu Rüstungszwecken unterbinden soll. Seitdem gab es mehrere Versuche, sie abzuschaffen. Gegen die Zivilklausel wird argumentiert, ursprünglich zivile Forschung könne unter Umständen immer auch zu militärischen Zwecken eingesetzt werden. In dieser sogenannten Dual-Use-These wird also behauptet, dass die Forschungsfreiheit durch die Zivilklausel auch im zivilen Bereich eingeschränkt würde. Das ist eine Verharmlosung der Forschung von Rüstungsunternehmen an unserer Universität. Wissenschaft verliert damit ihren progressiven Wert und ihre eigene Legitimation, wenn sie sich den Interessen von Unternehmen - insbesondere von Rüstungsunternehmen - unterwirft. Sie beraubt sich ihres kritischen Potenzials.

#### Krallt euch die zivile Forschung

Angesichts wiederholter Verstöße gegen die Zivilklausel, vorhandenen Möglichkeiten ihrer Umgehung und der Abhängigkeit der Forschung von Drittmitteln reicht die Zivilklausel in ihrer jetzigen Form nicht aus. **KRALLE fordert daher: Rüstungsforschung effektiv verbieten!** Und zwar indem in der Form, dass Verstöße gegen die Zivilklausel in der Forschung und der Drittmittelakquisition durch das bremische Hochschulgesetz sanktionierbar werden. Zusätzlich muss eine Kontrollinstanz geben, welche die Einhaltung der Zivilklausel überwacht. Die Forschung an der Uni muss transparent sein. Durch Unübersichtlichkeit und fehlende Daten zu den Geldgeber\*innen von Forschung ist es kaum möglich, Verstöße gegen die Zivilklausel als solche zu erkennen, öffentlich zu machen und zu kritisieren. Es braucht ein Drittmittelverzeichnis, in dem Forschungsprojekte ihre Finanzierer\*innen einsehbar machen müssen.





# Inkludieren statt integrieren – und schon gar nicht inszenieren!

Ein selbstbestimmtes Studium muss jedem Menschen ermöglicht werden, egal welche Einschränkungen dieser mitbringt. Umsetzen lässt sich das, wenn auf Einschränkungen geachtet und gezielt darauf hingearbeitet wird, Betroffene nicht zu Behinderten zu machen. Barrieren können schwere Türen ohne Türöffner oder Treppen ohne Fahrstuhl sein. Auch die Anwesenheitspflicht oder die Wiederholungsfrist sind Barrieren. Sie alle verhindern, das eigene Leben frei und durch alle Unvorhersehbarkeiten hindurch selbst zu gestalten. Inklusion heißt, alle zu berücksichtigen. Sie kann aber nur funktionieren, wenn mit den Betroffenen statt über sie geredet wird. Nur so kann der Aufbau neuer Hürden von vornherein verhindert werden. Die Betroffenen wissen selbst am besten, wo die Gesellschaft sie behindert. Es ist deshalb unerlässlich, ihre Anliegen ernst zu nehmen: Nur so kann Inklusion gelingen. Dieser Anspruch muss über die Grenzen der Uni hinaus gehen. Nur wenn die Gesellschaft inklusiv wird, kann die Uni inklusiv werden.

Aber Inklusion ist nicht Integration: Integriert wird immer nur das „Anderere“ und „Fremde“. Wenn wir inkludieren, lösen wir uns von unserem eigenen Schubladendenken. **KRALLE fordert daher: Inkludieren statt integrieren!** Wir kämpfen für ein selbstbestimmtes und barrierefreies Studium.



# Rechte Umtriebe an der Uni Bremen – für einen entschlossenen Antifaschismus!

Wer denkt, die Uni sei ein Hort der Toleranz und Offenheit, führt sich entweder selbst an der Nase herum oder läuft mit geschlossenen Augen über den Campus. Hakenkreuzschmierereien im Zentralbereich, in Raum der FB-8-Stugen und im MZH, „Fck-Antifa“-Sticker, schwarz-weiß-rote Visitenkarten der Burschenschaft VDSt in der Mensa – das ist lediglich Beispiele, die während der letzten zwei Monate auffielen. Traurige Fortsetzungen der Liste rechter Umtriebe an der Uni sind u. a. der von der Nazihool-Gruppe „Gemeinsam Stark Deutschland“ auf dem Campus veranstaltete Fackelzug im Juni 2016, Holocaust-verherrlichende Sprüche auf Toilettentüren im GW2 oder die Einladung des RCDS und der Konrad-Adenauer-Stiftung an den Berliner Naziapologeten und Rechtsradikalen J. Baberowski im Oktober 2016. Auch führende Akteur\*innen der lokalen „Jungen Alternative“ sind hier immatrikuliert.

PEGIDA, AfD, die „Identitäre Bewegung“, ihre internationalen Entsprungen und ihre Intelligenzija haben die humanitären Schmerzgrenzen im öffentlichen Diskurs weit nach rechts gerückt. Diese Entwicklung verlangt nach einem umso konsequenteren, lauterem, entschlosseneren Antifaschismus, sowohl an der Uni, als auch anderswo!

**KRALLE fordert daher: Kampf den rassistischen, sozialchauvinistischen, sexistischen, autoritaristischen Bewegungen!**





# Kein Herz für Kommerz

An der Uni Bremen besteht grundsätzlich ein Plakatierverbot, welches lediglich während der jährlichen Gremienwahlen zwecks Wahlkampf aufgehoben wird. Den Rest des Jahres fungiert die Uni als riesige Werbefläche, die in Kooperation mit der Deutschen Hochschulwerbung auf Plakatafeln und großen Bildschirmen die Möglichkeit bietet, Studis und Mitarbeiter\*innen der Uni mit militaristischer, sexistischer oder auch einfach nur stumpfer Werbung zu belästigen. Studentische Plakate dürfen da natürlich nicht von den guten, profitablen Kommerzpostern ablenken!

Noch schlimmer sind die Aktionen in der O-Woche, während der mensch kaum von der Mensa zur Bushaltestelle kommt, ohne auf diesen paar Metern drei neue Handyverträge, eine Lebensversicherung und zwei Krankenkassenwechsel angeboten zu bekommen.

Und weil Geld bekanntlich nicht stinkt und ohnehin niemand die Zivilklausel ernst nimmt, prangte auf dem riesigen Bildschirm in der Glashalle im vergangenen Winter Bundeswehrwerbung in Tarnfleck.

**Weg damit! Die Flächen der Uni gehören jenen, die sich an ihr aufhalten; nicht Konzernen und erst recht nicht den Kriegstreiber\*innen!**

**KRALLE fordert daher: sofortige Aufhebung des Plakatierverbotes zugunsten der studentischen Möglichkeit, selbstverwaltete Projekte, Kultur, Politik zu bewerben sowie das Ende der Kooperation mit der Deutschen Hochschulwerbung.**







# Für ein selbstbestimmtes Studium! Gegen Anwesenheitspflicht!

Da sitzt mensch im Seminar und auf einmal segelt einer\*einem eine Anwesenheitsliste auf den Tisch. Mensch reibt sich kurz die Augen und fragt sich, ob mensch die falsche Abbiegung genommen hat und statt an der Uni wieder in der Schule angekommen ist – die\*der Dozent\*in aber bekräftigt, dass bei ihm Anwesenheit Voraussetzung dafür ist, um am Ende die Prüfungsleistung erbringen zu können. So ein Unfug! In der 2010 vom Rektorat beschlossenen Qualitätsrichtlinie ist festgeschrieben, dass es an der Uni Bremen keine prüfungsrelevante Anwesenheitspflicht gibt. Leider halten sich viele Dozent\*innen nicht daran – und statt für die konsequente Umsetzung dieser Regelung einzutreten, diskutiert der Konrektor für Studium und Lehre die Wiedereinführung einer sog. „intelligenten“ Anwesenheitspflicht. Die Bremer Bürgerschaft erarbeitet derzeit eine Novelle des BremHG, welche das Thema Anwesenheitspflicht anschneidet. Auch hierbei kann es zu einer Verschlechterung der Situatoin kommen.

Jegliche Anwesenheitspflicht benachteiligt jene massiv, die aufgrund ihrer Lebensumstände nicht dazu in der Lage sind, die Anwesenheitsquote zu erfüllen.

Studierende mit Kind, mit zu pflegenden Angehörigen, Studierende, die jobben müssen oder aufgrund von Krankheit eingeschränkte Studierende werden durch eine solche Regelung ausgeschlossen. Eine Regelung über „Ausnahmen“ zwingt Studierende mit alternativen Lebensumständen in einen Sonderstatus, verhängt eine Rechtfertigungs- und Offenbarungspflicht über sie und steht dem Gedanken der Inklusion somit entgegen.

Zudem widerspricht eine Anwesenheitspflicht einem selbstbestimmten Studium, das jede\*r nach eigenem Ermessen und an ihren\*seinen individuellen Bedürfnissen ausgerichtet gestalten kann. **Sie entmündigt Studierende, indem sie ihnen eine bestimmte Art des Lernens aufzwingt, und formuliert einen nicht legitimierbaren Disziplinierungsanspruch.**

**KRALLE fordert daher: Weg mit der Anwesenheitspflicht!**

Interesse an einer Veranstaltung oder ihren Inhalten lässt sich nicht erzwingen. Wenn ein Seminar didaktisch schlecht gemacht ist, wird es qualitativ nicht besser, nur weil mehr Teilnehmer\*innen reingezwungen werden. Wenn es Inhalte behandelt, mit denen Teilnehmer\*innen bereits vertraut sind, oder die sich diese alleine besser erarbeiten können, als im Seminar, ergibt eine Teilnahme kaum Sinn.

## Anwesenheitspflicht



# Für eine armutsfeste Bildungsförderung

Laut der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes verfügen Studierende in Deutschland durchschnittlich über 918 Euro im Monat zur Deckung ihres Lebensunterhalts, die Hälfte aller Studierenden sogar über nur 860 Euro oder weniger. Unter derzeit 1.050 Euro netto monatlich droht Armut. Studieren bedeutet somit für die überwältigende Mehrheit von uns ein Leben deutlich unterhalb der Armutsrisikogrenze.

Aktuell erhält jedoch nur noch ein Sechstel aller Studierenden Leistungen nach dem BAföG, während über zwei Drittel (69%) neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die Betroffenen dar, welche die volle Konzentration auf das Studium erschwert, dadurch Studienzeiten verlängert und die Zahl der Studienabbrüche erhöht. Der freie Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung darf nicht von Einkommen, Vermögen oder Bildungsstand des Elternhauses abhängen. **KRALLE fordert daher: Elternunabhängiges und rückzahlungsfreies BAföG für alle!** Wir solidarisieren uns damit mit all denjenigen Gruppen, die in Bundesrat und Bundestag für eine armutsfeste (Aus-)bildungsförderung kämpfen.





# Her mit dem Tarifvertrag und gerechten Arbeitsbedin- gungen

## Beschäftigungssituation der Studentischen Hilfskräfte

In Berlin gehen die studentischen Hilfskräfte in den ersten Arbeitskampf seit 35 Jahren. Ihr Ziel: ein besserer Tarifvertrag, denn der alte hat sich seit über 17 Jahren nicht mehr erhöht. Das heißt, er wurde über diese Zeit von der Inflation vollständig aufgefressen. In Bremen ist die Lage noch viel finsterer: unsere studentischen Hilfskräfte haben nicht mal einen Tarifvertrag, stattdessen erhalten sie den Mindestlohn von 8,84 Euro und müssen darüber hinaus zu intransparenten und unverlässlichen Bedingungen schufteln. Schlimmer noch: 2003 betrug der Lohn in Bremen gerade einmal **8,04** Euro und ist seitdem also um keinen ganzen Euro gewachsen.

Dem bremischen Hochschulgesetz zufolge muss eine Hilfskraftätigkeit außerdem der „eigenen Ausbildung“ dienen. Aber wir sehen nicht, wie Tätigkeiten an der Garderobe, an der Bücherausleihe, im Call-Center, der Webseiten-Pflege, an Info-Schaltern, im Möbeltransport oder bei der Raumbewirtschaftung der eigenen Ausbildung dienen sollen. Und das Bundesarbeitsgericht gibt uns Recht (BAG 8.6.2005 4 AZR 396/04). Indes beteuern die Rektorate nicht nur in Bremen, auch z.B. in Thüringen, wie gerne sie doch einen Tarifvertrag aushandeln würden, ihnen aber leider wegen einer Richtlinie der Tarifgemeinschaft der Länder die Hände gebunden seien. Berlin zeigt, dass diese Aussagen Unsinn sind. **KRALLE fordert daher: Her mit dem Tarifvertrag von 14 Euro und her mit gerechten Arbeitsbedingungen!**





# Demokratisierung des Akademischen Senats

Unserer Auffassung nach schadet Parlamentarismus langfristig der Bildung kritischer, emanzipierter und selbstbestimmter Personen. Wie schön wäre eine Uni ohne Akademischen Senat (AS)! Wir stellen uns aber auch der Lebenswirklichkeit: und in der bleibt der AS vorerst das höchste, aber gleichzeitig undemokratischste Entscheidungsgremium der Uni. Das wollen wir ändern!

R2G in Thüringen hat es vorgemacht und durch die Novellierung des dortigen Hochschulgesetzes endlich einen Angriff auf die professorale Mehrheit im AS gewagt. Diese besagt nach einem Urteil des BVerfG (29.05.1973), dass aufgrund der Freiheit in Forschung und Lehre (GG Art. 5. Abs. 3) Professor\*innen immer und ausschließlich einen Sitz mehr haben als die Gesamtheit aller anderen Statusgruppen (Studis, Akademische und sonstige Mitarbeiter\*innen). Professor\*innen können damit einerseits jede Initiative prinzipiell blockieren, wie zum Beispiel unsere Forderung, die Prüfungsfristen vollständig abzuschaffen. Andererseits können sie die Uni in allen Belangen nach ihren – und nur ihren – Vorstellungen gestalten, wie zum Beispiel als sie fast den Studiengang Psychologie abgeschafft hätten. Was das BVerfG damals nicht berücksichtigt hat: auch wir Studis zählen zum Artikel 5 des Grundgesetzes! Auch wir haben ein gleichberechtigtes Mitspracherecht in Fragen der Forschung und Lehre!

**KRALLE fordert daher: Demokratisierung des Akademischen Senats nach dem Vorbild des Thüringer Hochschulgesetzes und eine Rückeroberung der Mitbestimmung in Angelegenheit der Forschung und Lehre! Denn auch wir haben das Grundrecht, die Uni zu gestalten.**





# Für ein klares Mitspracherecht im Wissenschaftsplan 2025

Der Wissenschaftsplan ist der zentrale Vertrag zwischen den Hochschulen und dem Land Bremen, in welchem die Ziele für die kommenden fünf Jahre festgelegt werden. Nur in diesem engen Zeitfenster kann man wirklich mitbestimmen, welche Weichen für die Zukunft der Uni gestellt werden sollen. Weder danach noch davor hat mensch die Möglichkeit, wirklich systemrelevante Entscheidungen zu treffen.

Bisher wurde die Rohfassung des Wissenschaftsplans immer im stillen Kämmerlein zwischen Rektorat der Uni und Senat des Landes ausgehandelt. Da von dem Wissenschaftsplan aber auch und vor allem unsere Zukunft betroffen ist, wollen wir ein klares Mitspracherecht in den Verhandlungen haben! Noch bevor wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Selbstbestimmt studieren ist nur möglich, wenn allen Beteiligten die Möglichkeit eingeräumt wird, seinen\*ihren Lebensraum mitzugestalten. Das Rektorat trägt mit seiner exklusiven Hochschulpolitik jedoch dazu bei, die demokratischen Werte seiner eigenen Gründungsgeschichte systematisch zu untergraben.

**KRALLE fordert daher: Gebt uns unser Mitspracherecht, und zwar noch vor Ende der Verhandlungen!**





Wie hat euch die Broschüre gefallen? Wir haben noch mehr auf Lager!  
Kommt mal rum zu einem Plenum!



**Wählt KRALLE in der SR-Wahlwoche vom 11. -15. Juni. Studiausweis nicht vergessen!**

**Im SR sind wir Liste 10, im Akademischen Senat, wo wir mit dem SDS zusammen arbeiten, sind wir Liste 1.**



Checkt [Kralle-HB.de](http://Kralle-HB.de) für mehr Infos und Kontaktmöglichkeiten oder findet und auf Facebook unter [/KRALLEbremen](https://www.facebook.com/KRALLEbremen)